

MdB-Büro Susanne Ferschl
16.12.2024

Verdienste unter 15 Euro

Auswertung einer Anfrage an das Statistische Bundesamt im Dezember 2024

- Von insgesamt 39,1 Mio. Beschäftigungsverhältnissen, waren 19,2 Mio. tarifgebunden und 19,9 Mio. nicht tarifgebunden
- 10,5 Mio. Jobs wurden geringer als 15 Euro pro Stunde entlohnt, das ist mehr als jede/r vierte Beschäftigte (27%)
 - Von den Jobs unter 15 Euro waren 3,05 Mio. (29,2%) in tarifgebundenen Unternehmen
 - 7,4 Mio. (70,8 %) Beschäftigungsverhältnisse fanden sich in Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind
- Bezogen auf alle tarifgebundenen Jobs wurden 16 Prozent mit weniger als 15 Euro/ Stunde entlohnt
- bei den nicht-tarifgebundenen Unternehmen waren es insgesamt 37 Prozent, die weniger als 15 Euro/Stunde verdienten
- ➔ durch Tarifbindung wird das Risiko geringer Löhne erheblich eingedämmt
- die TOP 3 - Bundesländer mit der höchsten Anzahl von Jobs unter 15 Euro sind:
 - Nordrhein-Westfalen: 2,3 Mio.
 - Bayern: 1,65 Mio.
 - Baden-Württemberg: 1,3 Mio.
- Die TOP 3- Bundesländer mit dem höchsten Anteil an Jobs unter 15 Euro sind:
 - Mecklenburg-Vorpommern: 36,6%
 - Thüringen/ Sachsen-Anhalt: 34%
 - Sachsen/ Brandenburg: 33%

April 2023	Insgesamt	
	Jobs insgesamt	Jobs unter 15 Euro
Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse in 100		
Insgesamt	39 059	10 449
Westdeutschland (inkl. Berlin)	34 112	8 783
Ostdeutschland (ohne Berlin)	4 947	1 666
Schleswig-Holstein	1 213	(364)
Hamburg	1 153	(245)
Niedersachsen	3 541	1 007
Bremen	374	93
Nordrhein-Westfalen	8 397	2 303
Hessen	3 076	762
Rheinland-Pfalz	1 718	485
Baden-Württemberg	5 590	1 302
Bayern	6 796	1 655
Saarland	447	(135)
Berlin	1 806	432
Brandenburg	952	(314)
Mecklenburg-Vorpommern	604	(221)
Sachsen	1 706	(562)
Sachsen-Anhalt	834	(280)
Thüringen	852	(289)
Frauen	20 242	4 592
Männer	18 818	5 856

MdB-Büro Susanne Ferschl
16.12.2024

- Nach Geschlecht: etwas mehr als jede fünfte Frau (22,7%) verdient weniger als 15 Euro, bei den Männern sind es 31 Prozent
- TOP 5-Branchen mit der höchsten Zahl an Jobs unter 15 Euro

April 2023	Insgesamt	
	Jobs insgesamt	Jobs unter 15 Euro
Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse in 100		
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	352	223
B Bergbau und Gewinnung Steine, Erden	38	/
C Verarbeitendes Gewerbe	6 576	1 015
D Energieversorgung	254	/
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	289	(49)
F Baugewerbe	1 987	(419)
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 308	2 038
H Verkehr und Lagerei	2 128	(800)
I Gastgewerbe	1 681	(1 249)
J Information und Kommunikation	1 396	164
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	945	(96)
L Grundstücks- und Wohnungswesen	629	262
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2 620	439
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 724	1 486
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2 540	162
P Erziehung und Unterricht	2 596	277
Q Gesundheit und Sozialwesen	5 381	1 045
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	493	251
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1 122	(455)

- Insgesamt 6,8 Mio. Jobs unter 15 Euro entfallen auf die Branchen „Verarbeitendes Gewerbe“, „Handel“, „Gastgewerbe“, „Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen“ sowie „Gesundheit und Sozialwesen“ – demnach entfallen mehr als Zweidrittel aller Jobs unter 15 Euro (65,4%) allein auf diese fünf Wirtschaftszweige
- Im Gastgewerbe verdienen demnach fast dreiviertel der Beschäftigten weniger als 15 Euro/ Stunde (74,3%)

O-Ton Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende der Gruppe Die Linke im Bundestag:

"Von einer tatsächlichen Umsetzung der EU-Richtlinie würden Millionen Beschäftigte profitieren. Dann müsste der Mindestlohn nämlich ab dem kommenden Jahr bereits bei 15 Euro liegen - ein Mehr im Portemonnaie für jede und jeden vierten Beschäftigten, die das gerade dringend benötigen. Statt aber verbindliches Recht zu schaffen, nutzt die SPD dieses Thema wiederholt für ihren Wahlkampf. Das ist wirklich unverfroren. Die Linke fordert, dass der gesetzliche Mindestlohn zukünftig nicht weniger als 60 Prozent des Medians betragen darf und dieses Kriterium der EU-Richtlinie verbindlich in das Mindestlohngesetz aufgenommen werden muss."